

Berlin Brief

von Josip Juratovic, Mitglied des Deutschen Bundestages

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,
sehr geehrte Damen und Herren,

Verteidigungsminister zu Guttenberg stand in der letzten Sitzungswoche des Jahres im Mittelpunkt. Täglich tauchen zur **Kundus-Affäre** mehr Fragen auf. Guttenberg will oder kann diese nicht beantworten. Das wurde am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde des Bundestages deutlich.

Sicher ist jetzt: Guttenberg wusste frühzeitig von den zivilen Opfern bei dem Bundeswehr-Angriff auf die beiden Tanklaster. Er wusste, dass von diesen Tanklastern keine direkte Gefahr ausging. Er wusste, dass nicht nur Tanklastzüge angegriffen, sondern gezielt Taliban getötet werden sollten. Dennoch rechtfertigte er den Luftangriff zunächst als „militärisch angemessen“ und hielt Informationen zurück.

Als Getriebener der Opposition und der Medien musste Guttenberg eine **Kehrtwende** vollziehen. Plötzlich war der Angriff nicht mehr „angemessen“. Bauernopfer für diesen „Sinneswandel“ wurden Generalinspekteur Schneiderhan und Staatssekretär Wichert.

Bei der Kundus-Affäre geht es um die Glaubwürdigkeit unseres Bundeswehr-Engagements in Krisengebieten. Deswegen ist es wichtig, dass ein Minister wirklich aufklärt, anstatt sich in der Öffentlichkeit zu inszenieren versucht.

Minister Jung musste zurücktreten, weil er Parlament und Öffentlichkeit falsch informierte. Für seinen Nachfolger als Verteidigungsminister müssen dieselben Maßstäbe gelten. Im Untersuchungsausschuss muss auch geklärt werden, wann und von wem das Kanzleramt informiert wurde.



**Berlin-Brief, Ausgabe 65
18. Dezember 2009**

□ *Neues aus der SPD-Landesgruppe:*

Am Montag hat die SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg die **Betreuungswahlkreise** für die kommenden vier Jahre zugeteilt. Wir sind 15 Abgeordnete. 23 baden-württembergische Wahlkreise sind aktuell ohne SPD-Abgeordneten.

Seit der Bundestagswahl bin ich im Bundestag nicht nur der **einzigste SPD-Vertreter der Region Heilbronn-Franken**, sondern auch der **einzigste Oppositions-abgeordnete**. Deswegen habe ich den Wunsch geäußert, diese Region zu betreuen.

Ich war in den vergangenen vier Jahren als Betreuungsabgeordneter für den Wahlkreis Neckar-Zaber zuständig.

Künftig bin ich nicht mehr für den Ludwigsburger Anteil von **Neckar-Zaber** zuständig, weiterhin jedoch für den **Heilbronner Anteil**. Zudem betreue ich nun **Hohenlohe** und den **Main-Tauber-Kreis**.

□ *Josip Juratovic MdB*

Abgeordnetenbüro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030-227-70107
josip.juratovic@bundestag.de

Bürgerbüro
Untere Neckarstr. 50
74072 Heilbronn
Tel. 07131-783616
josip.juratovic@wk.bundestag.de

Im Internet:
www.juratovic.de

Berlin-Brief regelmäßig per E-Mail bekommen? Einfach Bürgerbüro kontaktieren!

Die Bilanz der ersten Wochen Schwarz-Gelb ist fatal. Die Liste der „Flops“:

- Ex-Minister Jung, Minister Guttenberg und eine fehlende Aufklärung der **Kundus-Affäre**.
- **Belastung der deutsch-polnischen Zusammenarbeit** wegen der Vertriebenen-Funktionärin Erika Steinbach (CDU).
- **Rekord-Schuldenaufnahme** durch das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“, das den Reichen Steuererleichterungen bringt und unseren Kindern die Zukunft erschwert. Schäuble ist der Finanzminister mit der höchsten Schuldenaufnahme seit 1949!
- Schwarz-Gelb hat angeblich vor, die **Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschlägen abzuschaffen**. Diese Info kursierte inoffiziell im Bundestag.

Als Arbeitsmarktpolitiker finde ich die **geplante Abschaffung der JobCenter** verantwortungslos. Wir haben unter Rot-Grün die JobCenter eingeführt, damit Arbeitssuchende Hilfe aus einer Hand erhalten. Schwarz-Gelb will die Trennung in Sozialamt und Arbeitsagentur wieder einführen. Für 6,6 Millionen Bürgerinnen und Bürger bedeutet das: Sie müssen zu zwei Behörden, müssen zweimal Anträge stellen, ihre Akten werden zweimal geprüft und sie bekommen zwei Bescheide. Und das in einer Zeit, in der es wichtig wäre, bestehende Strukturen zu stabilisieren.

Klar ist: Wir müssen handeln, weil nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die JobCenter verfassungswidrig sind. Das Grundgesetz sieht nämlich keine Zusammenarbeit von Kommunen und Bund vor. Es gibt kein vernünftiges Argument, weshalb Schwarz-Gelb nun das erfolgreiche Modell der JobCenter aufgeben will. Wir haben bereits in Regierungsverantwortung vorgeschlagen, das Grundgesetz entsprechend zu ändern. Und waren uns damit im Übrigen auch mit den CDU-geführten Bundesländern einig.

Doch lassen wir uns die Weihnachtszeit von Schwarz-Gelb nicht versauern!

Wir Sozialdemokraten werden uns jedenfalls auch 2010 dafür einsetzen, dass Politik für die Menschen gemacht wird. Und nicht nur für FDP-Klientel und Besserverdienende.

Ich wünsche Ihnen und Euch ein angenehmes Weihnachtsfest und alles Gute für 2010!

